

Bau- u. UmweltA Lütjenburg

4. Sitzung

Sitzung vom 8.10.2008

Seite 1

in Lütjenburg, Rathaus

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 3 bis 8
Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse.

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

(Unterschriften)

Anwesend:

Gesetzl. Mitgliederzahl: 7

a) stimmberechtigt:

1. Dr. Hans Fritzenkötter	13.
2. Jan Bech (ab 19.25/TOP 4)	14.
3. Christian Hanssen f. Erik Eger	15.
4. Siegfried Klaus f. Thomas Hansen	16.
5. Dirk Sohn	17.
6. Lars Nissen	18.
7. Jürgen Panitzki	19.
8.	20.
9.	b) nicht stimmberechtigt
10.	1. BM Ocker
11.	2. Herr Walter / Ing.-Büro Walter zu TOP 4+5 Architekt Beims / Büro Architektur u. Stadtplanung zu TOP 6
12.	3. Herr Timm Barnstedt zu TOP 6 Herr Olexik / Umweltberatungsstelle
	4. Herr Eller / Ges. d. Freunde d. mittelalterl. Burg Frau Lentz / Eiszeitmuseum
	5. Herr Heitmann / Amt Lütjenburg
	6. 4 Zuhörer

Es fehlten:

a) entschuldigt:	b) unentschuldigt:
1. Thomas Hansen	1.
2. Eric Eger	2.

Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses waren durch Einladung vom 30.9.2008 auf Mittwoch den 8.10.2008 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Zeit, Ort und Stunde sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, daß gegen die ordnungsmäßige Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Der Bau- und Umweltausschuss war - nach Zahl der erschienenen Mitglieder - beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten (TOP 11 + 12)
2. Anerkennung der Niederschrift der 3. Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Ausbau Straße Nienthal (Entwurfsvorstellung Ing. Walter)
5. Geh- und Radweg an der Königsberger Straße (Entwurfsvorstellung Ing. Walter)
6. Bebauungsplan Nr. 63 „Ehemaliges Bahnhofsgelände zwischen der Straße Auf dem Hasenkrug und der Königsberger Straße“;
hier: Satzungsbeschluss
- Erläuterungen Architekt Beims -
7. B 202 Ausfahrt Lütjenburg-Ost - Kreisverkehr -
8. Radweg Piesberg
9. Bericht des Umweltschutzbeauftragten
10. Mitteilungen und Verschiedenes

Nicht öffentlich:

11. Bauantragsangelegenheiten
12. Mitteilungen

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.
Zu den Punkten 11 - 12 war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

1. Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten (TOP 11 u. 12)

Einstimmig wie vorgeschlagen.

2. Anerkennung der Niederschrift über die letzte Sitzung

Herr Dr. Fritzenkötter trägt vor, dass in TOP 8/2 folgende Änderung vorzunehmen ist:
Streiche: *Herr Eger* - setze: *Herr Bech*

Sodann bestehen gegen die letzte Niederschrift keine Bedenken.

3. Einwohnerfragestunde

- Frau Stölck-Wiese weist darauf hin, dass die Restarbeiten in der Kieler Straße (1. BA) immer noch nicht ausgeführt worden sind. Herr Walter erläutert den Sachstand und die Hintergründe.
- Herr Nils Gaefke weist darauf hin, dass die Beleuchtung im Bereich Bunendorp bis zum Kreisel aus seiner Sicht unzureichend ist. Bürgermeister Ocker sagt zu, dass hier Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation geprüft werden.
- Ferner weist Herr Gaefke darauf hin, dass im Bereich Bunendorp bis zum Kreisel sehr schnell gefahren wird und bittet, Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation zu prüfen. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass in der Vergangenheit bereits schon zahlreiche Versuche gestartet wurden; das Ordnungsamt wird gebeten, hier einen Sachstandsbericht zusammenzustellen.

4. Ausbau Straße Nienthal (Entwurfsvorstellung Ing. Walter)

Herr Walter stellt den Vorentwurf für die sogenannte „Kleine Variante“ vor. Es ist danach vorgesehen, die Straße in einer Breite von 5,50 m auszubauen. Unter Berücksichtigung der darüber hinaus eingeplanten Bankette wäre danach Begegnungsverkehr und das Befahren mit Bussen möglich. Die Straße sollte asphaltiert werden.

Er weist darauf hin, dass nicht auszuschließen ist, dass seitens des Landesbetriebes für Straßenbau und Verkehr an der L 165 die Errichtung einer Linksabbiegespur gefordert werden könnte. Der Bau eines Parkplatzes ist östlich der Turmhügelburg dargestellt. Angenommen sind hier 105 Stellplätze auf einer Gesamtfläche von 5.000 qm (incl. Nebenflächen, Nettofläche: 3.500 qm). Die vier Stellplatzreihen sollen mit Schotterrasen, die Fahrstrecke aus Asphalt angelegt werden. Eingrünung soll durch einen Knick erfolgen; der Parkplatz ist unbeleuchtet.

Nach mündlichen Angaben von Herrn Walter belaufen sich die Kosten für den Straßenbau auf rd. 210.000,-- € für die Errichtung des Parkplatzes auf 190.000,-- € Herr Walter wird diesbezüglich in den nächsten Tagen der Verwaltung die schriftlichen Unterlagen vorlegen.

Ferner weist Herr Walter darauf hin, dass - sollte das MEN-Projekt zur Realisierung kommen - eine Druckrohrleitung zu verlegen ist, die jedoch in den Bankettenbereich gelegt werden würde.

Herr Walter weist darauf hin, dass der Turmhügelburg-Verein den Wunsch geäußert hat, im Bereich der Turmhügelburg ca. 200 m mit Granitpflaster zu gestalten. Dieses würde nach Aussagen von Herrn Walter zu Mehrkosten von rd.95.000,-- € führen.

Aus Sicht von Herrn Eller vom Turmhügelburg-Verein ist ein Parkplatz vor der Burg zu weit vom Eiszeitmuseum entfernt. Ferner beeinträchtigt die Lage vor der Turmhügelburg die Ansicht auf das Burggelände. Er moniert, dass im Vorentwurf keine Möglichkeiten für das Abstellen von Bussen vorgesehen ist. Er schlägt vor, den Parkplatz nördlich der Turmhügelburg (Bereich Parkplatz der Stiftung Naturschutz) anzulegen.

Frau Lentz vom Eiszeitmuseum weist ebenfalls darauf hin, dass der geplante Standort vom Eiszeitmuseum zu weit weg sei. Sie hält eine Vor-Ort-Lösung am Museum für die beste Lösung.

Herr Sohn schlägt vor, bei der sog. Kleinen Lösung den Parkplatz im Gewerbegebiet am derzeitig genutzten Standort zu belassen. Der derzeitige Behelfsparkplatz sollte befestigt und die Zuwegung zur Turmhügelburg verbessert werden. Umfangreiche Erschließungskosten sowie Grundstücksankäufe wären nicht vonnöten. Die Straße nach Nienthal sollte sodann nur ausgebessert werden. Er bittet um Prüfung, inwieweit Fördermittel für die Erschließung des Gewerbegebietes zurückgezahlt werden müssten.

Bürgermeister Ocker wirbt dafür, die sog. „Große Lösung“ - Ausbau bis zur Scheune Nienthal - weiter zu verfolgen.

Es wird darüber diskutiert, die Straße in zwei Bauabschnitten (zuzügl. einem dritten Bauabschnitt für den Parkplatz) herzustellen.

Da in den nächsten Monaten mit einer Entscheidung über die Zukunft von MEN gerechnet wird, herrscht Einigkeit darüber, dass die Stadt bis dahin flexibel bleiben sollte. Es herrscht deshalb Einvernehmen darüber, dass bei einem Förderantrag von der sogenannten „Großen Lösung“ ausgegangen werden sollte.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Straße Nienthal soll im Jahre 2009 ausgebaut werden.
2. Beim ALR soll ein Förderantrag gestellt werden.

- 7 dafür -

5. Geh- und Radweg an der Königsberger Straße (Entwurfsvorstellung Ing. Walter)

Herr Walter stellt den Vorentwurf vor. Die Herstellung eines Geh- und Radweges wird nach seiner mündlich vorgetragenen Schätzung ca. 100.000,- € (ohne Winkelstützwand - s. u.) betragen. Sollte sich im Bereich Königsberger Straße / Neverstorfer Straße ein Grunderwerb nicht realisieren lassen, müsste dieser Einmündungsbereich zusätzlich umgestaltet werden; hierbei ist mit Mehrkosten von rd. 50.000,- € zu rechnen. In diesem Falle würde die Königsberger Straße nach Süden verlegt.

Frau Stölck-Wiese weist darauf hin, dass in diesem Bereich nach ihrer Erinnerung Leitungen der Stadtwerke liegen und regt an, diese - falls erforderlich - in dem Zuge dann auch zu sanieren.

Herr Klaus bittet Herrn Walter um die Hergabe eines Deckblattes für den Einmündungsbereich.

Herr Walter weist darauf hin, dass im Bereich des Liedl-Marktes und der Waschstraße der Gehweg (und die Beleuchtung) nicht der Stadt, sondern den jeweiligen Grundstückseigentümern gehört.

Ferner weist Herr Walter darauf hin, dass im unteren Bereich der Königsberger Straße - kurz vor der B 202 - der Geh- und Radweg durch eine Winkelstützwand abgefangen müsste, da hier ein sehr steiler Hang vorhanden ist. Diese Kosten sind in o. g. Angaben nicht enthalten.

Herr Walter sagt zu, dass kurzfristig eine neue Kostenschätzung sowie eine Überplanung des Kreuzungsbereiches ergeht.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Die vorgestellte Planung soll weiterentwickelt werden.

- 7 dafür -

6. Bebauungsplan Nr. 63 „Ehemaliges Bahnhofsgelände zwischen der Straße Auf dem Hasenkrug und der Königsberger Straße“;

hier: Satzungsbeschluss

- Erläuterungen Architekt Beims -

Als Tischvorlage wird eine neue Abwägungsempfehlung verteilt, die Bestandteil des Satzungsbeschlusses werden soll. Sie beinhaltet eine kurzfristig eingegangene (verfristete) Stellungnahme des Kreises Plön.

Herr Olexik weist darauf hin, dass die von ihm abgegebene Stellungnahme nicht im Namen des NABU, sondern in seiner Funktion als Umweltschutzbeauftragter ergangen ist. Er bittet darum, den Verteiler entsprechend zu ändern.

Herr Beims erläutert den aktuellen Sachstand; er geht dabei auf das Verfahren ein und weist darauf hin, dass eine Umweltprüfung nicht erforderlich ist.

Es schließt sich eine rege Diskussion über den Zustand der Fläche vor den bereits erfolgten Abrissarbeiten an. Herr Beims teilt mit, dass eine Eingriffs-/Ausgleichsregelung in dem Falle per Gesetz nicht vorgesehen ist.

Besonders intensiv wird die Stellungnahme der Landesplanung (Innenministerium) vom 3.9.2008 diskutiert. Hierbei steht die Aussage des Innenministeriums im Vordergrund, dass Lütjenburg „für Einzelhandelseinrichtungen bis zu 4.000 qm Verkaufsfläche geeignet ist“.

Nach dem vorliegenden Entwurf soll nun eine Erweiterung des Aldi-Marktes bis auf 2.000 qm möglich sein. In diesem Zusammenhang wird diskutiert, ob das Einräumen einer Erweiterungsmöglichkeit für den Aldi-Markt von o. g. 4.000 qm Verkaufsfläche abzuziehen ist und somit eventuell Einschränkungen bei der Entwicklung weiterer Standorte im Stadtgebiet zu befürchten sind.

Herr Barnstedt macht deutlich, dass eine Erweiterungsmöglichkeit auf ca. 1.800 bis 1.900 qm erforderlich sei; Genaueres müsse hier im Zweifelsfall noch ermittelt werden.

Bis zur Stadtvertretung soll die Angelegenheit noch einmal geprüft werden.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes abgegebenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit (s. Anlage) hat die Stadtvertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:
 - a) teilweise berücksichtigt wird die Stellungnahme des Innenministeriums / Landesplanung
 - b) nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammer, der Umweltberatungsstelle / NABU und von K. + E. Sachau
 - c) Hinweise wurden zur Kenntnis genommen

Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 92 der Landesbauordnung beschließt die Stadtvertretung den Bebauungsplan Nr. 63 für das Gebiet: "Ehemaliges Bahnhofsgelände – zwischen der Straße Auf dem Hasenkrug und der Königsberger Straße", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB sowie nach erfolgter Entwidmung betroffener Flächen von Bahnbetriebszwecken, ortsüblich bekannt zu machen.
In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.
5. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Flächennutzungsplan zu berichtigen. In der Bekanntmachung sollte auf die umgehende Berichtigung des Flächennutzungsplanes hingewiesen werden.

- 7 dafür -

7. B 202 Ausfahrt Lütjenburg-Ost - Kreisverkehr -

Bürgermeister Ocker berichtet, dass trotz wiederholter Anfrage keine Reaktion vom Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr erfolgt ist. Er schlägt vor, zunächst einmal im Bereich Lütjenburg-West bis Schmiedendorf das Einrichten eines Tempolimits auf 70 km/h zu beantragen.

Herr Sohn schlägt vor, mit dem Tempolimit erst in Lütjenburg-Mitte zu beginnen.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

1. Im Bereich der B 202 zwischen der Abfahrt Lütjenburg-Mitte und Schmiedendorf soll ein Tempolimit von 70 km/h beantragt werden (beide Richtungen).
2. Die Errichtung eines Kreisverkehrs im Bereich der Ausfahrt Lütjenburg-Ost soll stetig weiterverfolgt werden.

- 7 dafür -

8. Radweg Piesberg

Bürgermeister Ocker trägt vor, dass über den Landrat des Kreises Plön zwei Schreiben des damaligen Straßenbauamtes Eutin vom 23. März 1976 und 29.4.1976 ergangen sind, aus denen hervorgeht, dass die Stadt Lütjenburg für den Radweg zwischen der Straße Auf dem Hasenkrug und Piesberg zuständig ist.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Der Bürgermeister wird gebeten, eine Kostenschätzung zur Sanierung erstellen zu lassen, die sodann im Bau- und Umweltausschuss beraten werden soll.

- 7 dafür -

9. Bericht des Umweltschutzbeauftragten

- Herr Olexik berichtet über die letzte Schadstoffsammlung, die auf dem Parkplatz zwischen den beiden Sportplätzen stattfand. Er weist darauf hin, dass hier zum Teil sehr weiche Bodenverhältnisse vorliegen und ein geeigneterer Standort (als in den Vorjahren) zukünftig vorgesehen werden sollte. Bürgermeister Ocker schlägt vor, dass bei der Beantragung der Sperrung beim Ordnungsamt gleichzeitig einen Lageplan mit vorzulegen, welcher Bereich abgesperrt werden soll.

- Herr Hanssen und Herr Dr. Fritzenkötter fragen nach der Zukunft der Umweltberatungsstelle und werben dafür, die Kreistagabgeordneten dafür zu gewinnen, dass sie sich für den Erhalt der Umweltberatungsstelle einsetzen. Es stellt sich heraus, dass bei den Ausschußmitgliedern Aufklärungsbedarf besteht, deshalb wird Herr Olexik gebeten, einen Aufgabenkatalog bis zur nächsten Sitzung vorzulegen. Die Angelegenheit soll dann als Tagesordnungspunkt behandelt werden.

10. Mitteilungen und Verschiedenes

- Bürgermeister Ocker berichtet über die vorgelegte Bestandserfassung bezüglich abgehängter Decken (als Anlage beigefügt).
- Bürgermeister Ocker berichtet darüber, dass lt. Vertrag mit Famila die Errichtung von „Berliner Kissen“ in der Posthofstraße zu Lasten und in Abstimmung mit Famila noch aussteht. Die Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses beraten werden.

Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen. Fortsetzung der Niederschrift auf gesondertem Blatt.

Protokollführer: